

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Bankkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramez RM 0.20. Umläufige Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Kleine RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Entziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramez, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnberg, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weitzbach, Ober- und
Niederlichtenau, Fiebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Wichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Ing. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 155

Mittwoch, den 6. Juli 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Pferde- und Rindviehmarkt
sowie
Schweine- und der allwöchentliche Ferkelmarkt
in **Nadeburg** Mittwoch, den 13. Juli 1927
Nadeburg, am 5. Juli 1927
Der Stadtrat

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Die Frage des Reichsschulgesetzes wird auf einer Sondertagung im
September zur Erörterung gelangen.
In der Mandatskommission ist gegen die Ernennung eines deutschen
Kommissionsmitgliedes kein Einspruch erhoben worden.
In Blauen begann die Berufsberatung im Prozeß Stefemann-
Müller.
In Odessa kamen 26 Menschen bei einem Wirbelsturm ums Leben.
Die Zanters-Werte rüsten zum Oceanflug.
In 40 Minuten 70 Millionen gezeichnet.
Französische Kongo-Greuel.
Thea Rasche ist in Le Borget gelandet. — Sie fliegt von Paris nach
London, von da nach Amerika.
Siebenbürgen und Arab wurden vorgestern von einem katastrophalen
Wirbelsturm, der von heftigen Hagelschlägen begleitet war, heimgesucht.
Die Ernte ist vernichtet. Alle Drahtverbindungen sind zer-
stört. An Gebäuden wurde großer Schaden angerichtet. Die Re-
gierung hat als erste Hilfeleistung 100 000 Lei angewiesen.
Der deutsche Botschafter in Washington, Freiherr von Makhan, hat
heute eine Urlaubsreise nach Deutschland angetreten.
Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Paris hat der französische
Ministerrat am Dienstag beschlossen, der Kammer die Gewährung
eines Kredites von 5 Millionen Franken für die Unterstützung eines
Oceanfluges Paris—Newyork vorzuschlagen.
Die Morgenblätter geben eine Meldung der lettischen Telegraphen-Agen-
tur wieder, wonach in Riga eine große Spionageorganisation zu
Gunsen Sowjetrußlands aufgedeckt worden sei. Wichtiges belasten-
des Material ist beschlagnahmt und 8 Personen seien verhaftet
worden.
Die ärztliche Sezession e. V. teilt mit, daß sie ein Schreiben an den
preussischen Wohlfahrtsminister gerichtet hat, in dem sie gegen die
ärztlichen Ehrengerichte als eine Institution, die gegen die Reichs-
verfassung verstoße, protestiert und Abschaffung der Ehrengerichte
fordert.

Um den 11. August als Nationalfeiertag

Jede Partei hat besondere Anträge

Krisenstimmung in Genf — Die Arbeitslosenversicherung im Reichstag — Weitere Mieterhöhungen

Nachdem im Rechtsausschuß des Reichs-
tages in den letzten Tagen eingehend über die überaus
wichtige Vorlage über die Nachprüfung der Verfassungsmäßig-
keit von Gesetzen durch den Staatsgerichtshof verhandelt und
so weit Klarheit erzielt war, daß ihre Verabschiedung noch
vor den Ferien durchaus möglich erschien, beantragten die
Sozialdemokraten, diesen Gegenstand von der Tagesordnung
abzusehen und statt dessen über die Anträge betreffend An-
erkennung des 11. August als Nationalfeiertag zu verhandeln.
Dieser Antrag fand gegen den entschiedenen Widerspruch der
Deutschnationalen eine Mehrheit, da das Zentrum sich für ihn
aussprach. Man trat sogleich in die Debatte ein. Ihre För-
derung soll am Donnerstag stattfinden, doch erscheint es
fraglich, ob ihre Beendigung vor den Ferien möglich sein
wird, da eine große Zahl von Anträgen vorliegt.
Neben dem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung
des 11. August als Nationalfeiertag besteht ein Kompro-
missantrag der Deutschen Volkspartei, der so-
wohl den 11. August als auch den 18. Januar zum National-
feiertag erklären will. Das Zentrum wiederum will den
Sonntag nach dem 11. August als Verfassungstag feiern und
zugleich die großen christlichen Feiertage sichern. Die Kom-
munisten beantragen die Feier des 1. Mai. Endlich liegt noch
ein deutschnationaler Antrag vor, durch den der 28. Juni als
Tag der Unterzeichnung des Versailler Friedens zum Volks-
trauertag erklärt werden soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß
kein einziger dieser Anträge eine Mehrheit erreicht.

gung zu kommen. Gegen Abend haben auch die Engländer
die Presse zu einem Empfang geladen, in der der Führer
ihrer Delegation eine Reihe von Zahlen mitteilte und im
übrigen sehr ausführlich die englische These verteidigte, wo-
nach die englischen Wünsche dahin gehen, eine Flotte zu
haben, die sich auf Verteidigungszwecke be-
schränke und dazu vor allem eine Mindestzahl von
Kreuzern haben müsse. Aus diesem Grunde kann man schließen,
daß der Brennpunkt der Genfer Schwierigkeiten in der
Kreuzerfrage liegt. In den nächsten Tagen wird man
sehen, ob die Konferenz an dieser Frage scheitern wird, oder
ob nicht aus politischen Gründen doch noch irgendeine Ein-
gung, und wenn auch eine Scheineingung, zustande kommt.

Kein Einspruch der Mandatskommission.

Genf. Die Mandatskommission des Völkerbundes hat
die Erklärung abgegeben, daß sie, wenn man von allen po-
litischen Erwägungen absehe, keine Einsprüche gegen die Er-
nennung eines weiteren Mitgliedes der Mandatskommission
erhebe und daß sie auch nichts dagegen habe, daß dieses Mit-
glied reichsdeutscher Nationalität sei.
Die Ansichtäußerung der Kommission wird in orien-
tierten Kreisen im allgemeinen mit Genugtuung aufgenom-
men. Man hält auch die Eingabe der französischen Kolonial-
union, welche sich gegen die geplante Ernennung ausspricht,
für unangebracht und die ausgesprochenen Befürchtungen
für unbegründet. Der Völkerbundrat wird voraussichtlich in
der kommenden Septembersession ein deutsches Mitglied er-
nennen.

Weitere Mieterhöhungen?

Berlin, 6. Juli. Wie die Vossische Zeitung erfahren
haben will, hat das Reichsarbeitsministerium soeben eine um-
fangreiche Denkschrift fertiggestellt, in der u. a. Fragen des
Wohnungsbaues, insbesondere der Neubauwohnungen und
zukünftigen Mietgestaltung in den Altbauten behandelt wür-
den. Ausgehend von der zu Anfang dieses Jahres beschlossenen
Erhöhung der Altmieten auf zunächst 110 v. H. und ab
1. Oktober auf 120 v. H. der Friedensmiete werde in der
Denkschrift gesagt, daß man gezwungen sein werde im Laufe
der Zeit entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung eine
Stabilisierung der Altmieten auf 130—160 v. H. vorzunehmen.

In 40 Minuten 70 Millionen gezeichnet.

Ein Vertrauensbeweis für Deutschland.
Die Zeichnungsliste für die Anleihe der Stadt Berlin
wurde innerhalb 40 Minuten in London geschlossen.

Diese Meldung kann nicht überraschen, weil die bisher
aufgelegten deutschen Anleihen wegen ihrer guten Rentabi-
lität für das Ausland stets in kurzer Frist geschlos-
sen und stark überzeichnet wurden. Das ist insofern erfreu-
lich, als daraus hervorgeht, wie stark das Vertrauen des Aus-
landes zu Deutschland wieder geworden ist. Auch geht weiter
daraus hervor, daß auch künftig neuer Geldbedarf sehr leicht
im Auslande gedeckt werden kann. Allerdings gibt die Tat-
sache, daß das Ausland überaus leicht deutsche Anleihen auf-
nimmt, zu der Mahnung Veranlassung, nicht mehr Geld
dort aufzunehmen, als unbedingt notwen-
dig ist. Eine übermäßig hohe Zinslast an das Ausland
muß naturgemäß für die deutsche Wirtschaft hemmend wirken.
Billeicht war das eine der Ursachen, weshalb die Aufsichts-
behörde von den geforderten 100 Millionen 30 Millionen
gestrichen hat.

Kartoffelbau und Landwirtschaft.

Der Kampf der Parteien geht zurzeit um Er-
höhung des Kartoffelzollens. Der Ernährungs-
minister Schiele nannte diese Maßnahme vor dem
Reichstag einen wirksamen Bauern- und Land-
arbeiterzoll. Um diese Worte zu verstehen, bedarf
es einer Uebersicht über die Anteile der landwirt-
schaftlichen Betriebe am Kartoffelbau. Ohne zum
Zollkampf selbst Stellung zu nehmen, geben wir
im folgenden an Hand von einwandfreiem sta-
tistischen Material eine Uebersicht über den Kar-
toffelbau in Deutschland.
Nach den vor kurzem veröffentlichten Ergebnissen der
landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1925 nimmt die
Kartoffelanbaufläche mit 2 507 364 Hektar nach Roggen und
Hafer die drittgrößte Fläche von allen Ackerfrüchten ein,
nämlich 13,6 Prozent (gegenüber 12,7 Prozent nach der Be-
triebszählung von 1907). Der Anteil des Kartoffelbaues an
der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist also in den letzten
Jahren weiter gewachsen.
Es ist nun interessant, festzustellen, in welchem Umfange
sich der Kartoffelbau auf die einzelnen Größenklassen ver-
teilt. Nach der Statistik sind am Kartoffelbau beteiligt die
Betriebe bis zu 50 Hektar mit 6,4 Proz., von 0,05 bis 2 Hektar
mit 11 Proz., von 2 bis 5 Hektar mit 14,4 Proz., von 5 bis
10 Hektar mit 15,9 Proz., von 10 bis 20 Hektar mit
15,5 Proz., von 20 bis 50 Hektar mit 12,9 Proz., von 50
bis 100 Hektar mit 4,1 Proz., von 100 bis 200 Hektar mit
3,9 Proz., von 200 Hektar und mehr mit 15,9 Proz., zusam-
men 100 Proz. Die Statistik bezeichnet die Betriebe unter
2 Hektar als Zwerg- und Parzellenwirtschaften, diejenigen
von 2 bis 100 Hektar als bäuerliche Betriebe, die darüber
als Großbetriebe. Demnach entfallen nach der Betriebs-
zählung von 1925 von der gesamten Kartoffelanbaufläche
62,8 Proz. auf den bäuerlichen Besitz, 19,8 Proz.
auf die Großbetriebe und 17,4 Proz. auf Zwerg- und Par-
zellenwirtschaften. Faßt man dagegen die bäuerlichen Be-
triebe mit den Zwerg- und Parzellenwirtschaften zusammen,
so entfallen auf diese beiden Gruppen zusammen 80,2 Proz.
der gesamten Kartoffelanbaufläche, während die Großbe-
triebe demgegenüber nur mit 19,8 Proz. beteiligt sind. Das
Schwergewicht des deutschen Kartoffelbaues

Fragwürdiger Erfolg der Genfer Seeabrüstungs- konferenz

Genf. Die Marinekonferenz veröffentlicht über die
Sitzung der Technischen Kommission folgenden Bericht:
Ein Abkommen ist erzielt worden in der Frage der U-
Boote, die in der Schwebe geblieben war. Die Kommission
ist inzwischen zu einer kurzen Erörterung über die Frage
der Kreuzer geschritten, um die Mittel zu suchen, die es er-
möglichsten würden, die Bedürfnisse der verschiedenen Mächte
an Kreuzern einander auszugleichen. Die Kommission hat
sich aber vertagt, um den Delegationen das Studium dieser
Frage in ihren Einzelheiten zu ermöglichen.

Die Einigung in der U-Boot-Frage, der in dem Bericht
anscheinend große Bedeutung beigegeben wird, ist aber, wie
verlautet, gänzlich unbedeutend, denn sie besagt
nichts über die Tonnage noch über die Zahl der U-Boote,

die den einzelnen Mächten gestattet sein soll, und sie erstreckt
sich nur auf die Charakteristik dieser Zifferklasse, von deren
Aufhebung niemand mehr spricht. Aus dem Bericht selbst
geht aber die viel wichtigere Tatsache hervor, daß die
Schwierigkeiten in der Kreuzerfrage un-
verändert fortbestehen und daß sogar keine Aussicht
scheint, sie in dem Technischen Komitee einer Lösung näher-
zubringen, da man sie an die Delegation zurückverweist.

Scheineinigung in Genf oder Vertagung?

Die Krisenstimmung in den Seeabrüstungs-
kommissionen.

Genf. Die auffallend kurze Sitzung des Marine-
Sachverständigenausschusses der Dreimächte-
konferenz für Flottenabrüstung hat eine gewisse Krisenstim-
mung hervorgerufen. Von amerikanischer und vor allem
französischer Seite wurde sogar das Gerücht verbreitet, daß
für Ende der Woche die Möglichkeit einer Vertagung
der Konferenz bestehe. Infolgedessen war eine gewisse
Spannung auf dem am 5. Juli stattgefundenen Presse-
empfang der amerikanischen Delegation. Ihr Führer, Gibson,
antwortete sehr ausweichend, und auf alle Fragen, die die
Konferenz betrafen, dahin, daß alles in einem Stadium der
Verhandlungen sich befinde, doch hoffe man, zu einer Ein-

